



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2

E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch

Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 2. Februar 2012

Nein zum Staatsstrassenprojekt «Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse Wil»

Heute Donnerstag, 2. Februar 2012, hat sich das Wiler Stadtparlament gegen die Stellungnahme des Stadtrats zum Staatsstrassenprojekt Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse Wil (Vernehmlassung) ausgesprochen. Sodann hat es die Vorlage «Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen» gutgeheissen, allerdings wurde gegen diesen Entscheid das Ratsreferendum ergriffen, sodass in letzter Instanz das Wiler Stimmvolk an der Urne über diese Vorlage zu entscheiden haben wird.

37 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

Besuch aus Rapperswil-Jona

Im Gegensatz zur Stadt Wil ist die Stadt Rapperswil-Jona ohne Parlament, dafür mit einer Bürgerversammlung organisiert. Der heutigen Sitzung des Wiler Stadtparlaments wohnte eine Delegation aus Rapperswil-Jona bei, um sich aus erster Hand über die Organisation einer Stadt mit Parlament zu informieren sowie in direkter Anschauung einen Einblick in die praktische Arbeit eines Parlaments zu erhalten.

Parlamentspräsident Erwin Schweizer und Stadtschreiber Christoph Sigrist führten die Gäste vorgängig in den Parlamentsbetrieb sowie in die Abläufe vor, während und nach den Parlamentssitzungen. Zudem erläuterten sie, welche Personen und Stellen der Stadtverwaltung am Parlamentsbetrieb beteiligt sind.



Parlamentspräsident Erwin Schweizer (rechts) und Stadtschreiber sowie Parlamentssekretär Christoph Sigrist erläutern einer Delegation aus Rapperswil-Jona Wissenswertes rund ums Wiler Stadtparlament und den Parlamentsbetrieb.

Im Anschluss an die Sitzung traf sich die Delegation aus Rapperswil-Jona im kleinen Saal der Tonhalle mit Vertreterinnen und Vertreter der Wiler Parlamentsfraktionen zu einem Austausch. Dabei wurden verschiedenste Fragen rund um den Parlamentsbetrieb sowie zu dessen Vorzügen und Besonderheiten erörtert.



1. Vernehmlassung zum Staatsstrassenprojekt Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse Wil

a) Berichts und Antrags des Stadtrats

siehe Bericht und Antrag

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der Bau- und Verkehrskommission

Die siebenköpfige Bau- und Verkehrskommission unter dem damaligen Vorsitz von Eva Noger (GRÜNE prowil) hat das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt. Eintreten wurde dabei mit 7 Ja- zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen beschlossen.

Der vorberatenden Kommission stand der Bericht und Antrag des Stadtrats als Beratungsunterlage zur Verfügung. Zugezogen wurden sodann Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr), Marcel Frei (Leiter Tiefbau, Verkehr Stadt Wil), Urs Dahinden (Leiter Tiefbauamt Kanton St. Gallen) und Manfred Huber (Leiter Büro Neuhaus). Schwerpunkte der Diskussion waren insbesondere die Sicherheit des Langsamverkehrs, eine alternative Verkehrsführung für Radfahrende, die öV-Bevorzugung und die öV-Fahrplanstabilität, der Mehrverkehr für die Stadt Wil, der Landverlust für den Bau der Kreisel sowie die raschest mögliche Umsetzung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts für die Toggenburgerstrasse und die weiteren flankierenden Massnahmen.

Kommissionsanträge: Die Kommission unterbreitet dem Stadtparlament einen Kommissionsantrag: «Es ist eine alternative Verkehrsführung für Radfahrende über die Sonnmattstrasse-Bachstrasse-Churfürstenstrasse vorzusehen und auszuarbeiten.» Diese Alternativroute sei insbesondere für weniger geübte Radfahrende anzubieten, zusätzlich zu zwingend erforderlichen Massnahmen für die Verkehrssicherheit der Radfahrenden auf der Toggenburgerstrasse. Der Antrag wurde von der vorberatenden Kommission mit 6 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.

Kommissionsabstimmungen zu den stadträtlichen Anträgen: Die vorberatende Kommission stimmte wie folgt zu den drei Anträgen des Stadtrates ab:

1. Dem Projekt Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse Wil sei zuzustimmen.

5 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung

2. Der Kanton St.Gallen sei einzuladen, folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - Optimierung der Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr im Bereich Sonnmattkreisell;
 - Sicherstellung der öV-Fahrplanstabilität während der Bauphasen;
 - Das Betriebs- und Gestaltungskonzept Toggenburgerstrasse sei als flankierende Massnahme umgehend an die Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse-Flawilerstrasse-Toggenburgerstrasse umzusetzen.

6 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

3. Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 dem fakultativen Referendum untersteht.

Einstimmig zur Kenntnis genommen.



c) Eintretensdebatte

Eintreten war nicht bestritten und wurde von Parlamentspräsident Erwin Schweizer zum Beschluss erhoben.

d) Detailberatung

Einleitend fasste **Reto Gehrig (CVP)** als Kommissionssprecher die komplexe Vorlage zusammen, wobei er kurz auf die drei vorgesehenen Kreisel, ihre Dimensionen, den Platzbedarf und den vorhandenen Platz sowie die jeweiligen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Zunahme der Verkehrsmenge in Richtung Wil einging. Heute sei die Verkehrsanlage vom Kanton in der Kategorie f bewertet – diese Note stehe für ungenügend. Nach den Bauarbeiten werde die Kategorie b und künftig c erreicht, dies entspreche den Noten gut oder zufriedenstellen. Ziel des Projektes sei insbesondere, den Busbetrieb so zu bevorzugen, dass der öffentliche Verkehr künftig eine verbesserte Fahrplanstabilität gewährleisten könne, sowie den Verkehrsfluss zu verstetigen und Rückstau-Situationen zu vermeiden.

Stadtrat Marcus Zunzer zeigte auf, dass der Stadtrat das Projekt eingehend geprüft habe. Letztlich sei er zum Schluss gekommen, dass das vorgelegte Konzept des Kantons unter den gegebenen, teils eingeschränkten Platzmöglichkeiten sowie hinsichtlich der verbindlichen Rahmenbedingungen beispielsweise seitens des ASTRA das beste sei – auch wenn das Projekt dazu führe, dass sich aufgrund der Verkehrsverflüssigung eine rund 8-prozentige Zunahme des Verkehrs in Richtung Wiler Stadtzentrum ergebe. Hier seien entsprechende flankierende Massnahmen insbesondere auf der Toggenburgerstrasse und auf den Anschlussknoten zwingend prioritär umzusetzen, um so den öV bevorzugen zu können. Dabei sollen entsprechende Empfehlungen des Stadtrats umgesetzt werden.

Eva Noger (GRÜNE prowil) hielt namens ihrer Fraktion fest, dass die Stadt Wil bereits zu viel Verkehr habe und gewiss nicht noch mehr Verkehr wolle. Nun präsentiere der Kanton aber eine Vorlage, die eine deutliche Verkehrszunahme für Wil bringe. Die Haltung sei klar: Im Richtplan seien entsprechende Grundhaltungen etwa bezüglich einer angebotsorientierten Verkehrsplanung oder einer Verkehrsentslastung des Zentrums definiert worden. Auch das Argument des Kantons, dass die Vorlage eine Busbevorzugung ermögliche, liess Eva Noger nicht gelten: Wil brauche zuerst flankierende Massnahmen – ansonsten komme der Bus zwar problemloser bis zur neuen Kreiselanlage, aber nicht weiter respektive nicht pünktlich und fahrplangemäss zum Bahnhof. Die Fraktion ersuche daher den Stadtrat, beim Kanton eine neue Vorlage zu verlangen, welche die Anliegen und Interessen der Stadt Wil wirklich berücksichtige. Die Fraktion lehne die Vorlage daher klar ab.

Das Projekt nenne sich zwar «Kapazitätsanpassung», es gehe aber um eine eigentliche Kapazitätserweiterung – und das bedeute eine Zunahme respektive eine Verlagerung des Verkehrs, so **Ruth Frick (CSP)** namens der CVP-Fraktion. Auch wenn die CVP diese Aspekte nicht begrüsse, so seien nun doch «Opfer zugunsten der öV zu erbringen»: Da das Kreiselprojekt den öV bevorzuge und sich positiv auf die Fahrplanstabilität auswirke, spreche sich die CVP für das Projekt aus.

Katja Hegelbach (SP) führte aus, dass sie persönlich der Kapazitätsanpassung zustimme – wenn auch ohne Begeisterung. Es gebe leider schlicht keine Alternative, um den öV anderweitig zu fördern und zu bevorzugen. Es werde wohl nichts anderes übrig bleiben, «als diese Riesenkröte zu schlucken». Falls die Kapazitätsanpassung angenommen werde, so unterstütze die SP die Anträge 2 und 3 des Stadtrats bezüglich der flankierenden Massnahmen und der Langsamverkehrsförderung.

Der SVP-Fraktion sei klar, dass die fragliche Kreuzung seit Jahren ein «Gebastel» sei, für das ständig nur nach kurzfristigen Lösungen gesucht werde, hielt **Patrik Lerch (SVP)** fest. Nun seien aber langfristige Lösungen gefragt. Das Projekt sei eine «Verkehrsmaschine» und generiere mehr Verkehr in Richtung



der Stadt. Die SVP sei der Meinung, es sei besser, die wirkungsvolleren Projekt Wil-West und Grünaustrasse zu fördern. Mit den 8,9 Mio. des Kantons wäre die Grundlage für bessere Projekte gegeben.

Susanne Hartmann (CVP) bezog sich auf die Verlagerung des Verkehrs ins Stadtzentrum, wodurch auch die öV-Fahrplanstabilität nicht mehr gewährleistet gewesen sei. Mit diesem Projekt werde der Schwarze Peter mit dem Hinweis darauf, dass sich keine echte Alternative biete, der Stadt Wil zugeschoben – wobei die detaillierten Angaben fehlen, wie tief der Kanton die von ihm erwähnten alternativen Lösungen geprüft habe. Sie stimme dem Projekt nicht zu – damit erhalte der Kanton die Gelegenheit, Versäumnisse bezüglich alternativer Lösungen nachzubessern und nachzureichen.

Es sei ein hohes Ziel, die Stadt Wil nicht mit mehr Verkehr zu belasten, sondern echte Lösungen für die aktuelle Situation zu suchen, so **Silvia Ammann (SP)** fest. Mit dem Projekt werde die Türe geöffnet, der Stadt Wil mehr Verkehr zu bescheren – ein Teil der SP spreche sich daher klar gegen die Vorlage aus.

Guido Wick (GRÜNE prowil) hielt fest, dass die bloss «Opferhaltung» der Stadt Wil schlecht stehe: Der Stadtrat müsse sich vielmehr gegen den Kanton respektive gegen das ASTRA und gegen das kantonale Projekt wehren, da dieses die Interessen der Stadt Wil offensichtlich zu wenig berücksichtige. Wenn das Parlament dem Projekt zustimme, dann hiesse das, dass sich das Parlament selber gegen die eigenen Interessen ausspreche. Das System mit den verschiedenen Bypass-Lösungen in alle Richtungen werde dazu führen, dass der «Patient» und damit auch der Verkehr in der Stadt Wil kollabieren. Es sei zwingend, dass der Kanton vorgängig flankierende Massnahmen aufgleist und auch deren Finanzierung sicherstellt – ohne solche Massnahmen sei das Projekt klar abzulehnen. Sodann hielt er fest, dass eine elektronisch gesteuerte Busspur und vorgelagerte Pfortneranlagen vor der Stadt Wil viele der heutigen Probleme besser und effizienter lösen würden, als dies mit dem vorgesehenen Projekt der Fall sei. Abschliessend hielt er fest, dass das Projekt mit einem «Nein» nicht in einer Schublade verschwinde, sondern der Kanton die Möglichkeit zur Optimierung erhalte.

Mit dieser Vorlage habe man die Wahl, entweder in einen sauren Apfel oder in eine Zitrone zu beissen, legte **Roland M. Bosshart (CSP)** dar. Normalerweise würde er zu beiden Alternativen dankend nein sagen. Leider werden aber die beiden Bahnhöfe Schwarzenbach und Algetshausen definitiv geschlossen und der regionale öV von der Schiene mit Bussen auf die Strasse verlegt. Der Busbetrieb bleibe aber in der heutigen Situation oft im fraglichen Verkehrsknoten und im dortigen Rückstau stecken. Mit dem vorliegenden – leider nicht idealen – Projekt werde zumindest der Bus bevorzugt. Das habe ihn bewogen, in den sauren Apfel zu beissen – auch wenn damit Mehrverkehr produziert werde.

Norbert Hodel (FDP) führte aus, dass die FDP-Fraktion die stadträtlichen Anträge klar unterstütze. Die ablehnenden Argumente, die insbesondere von den GRÜNEN prowil eingebracht worden seien, lasse er nicht gelten: Es brauche jetzt Massnahmen, um die heute ausgeschöpften Verkehrs-Kapazitätsgrenzen der Stadt Wil auszuweiten. Das Kreisel-Projekt des Kantons mit seinen Bypass-Lösungen bringe genau diese Kapazitätsanpassung – ebenso wie das Projekt Grünaustrasse als weiterer Bypass eine Entlastung für das Zentrum der Stadt Wil bringen würde.

Stadtrat Marcus Zunzer griff noch einmal seine einleitend gemachte Aussage aus, dass es zum vorliegenden Projekt keine wirkliche Alternative gebe: Der Kanton St. Gallen habe vorgängig verschiedene klein- und grossräumige Massnahmen respektive Varianten intensiv geprüft. Allerdings habe keine dieser Varianten überzeugt; es sei deshalb nicht sinnvoll, das Projekt zurückzuweisen und den Kanton mit der Prüfung von Alternativen zu beauftragen, wie von Susanne Hartmann (CVP) angeregt – dies sei bereits vertieft erfolgt. Die Ausführungen von Eva Noger (GRÜNE prowil), man lebe dem Richtplan und dessen Anspruch auf eine angebotsorientierte Verkehrsplanung nicht nach, liess Marcus Zunzer nicht gelten: Wo es möglich sei, seien die Kreisel als angebotsorientierte Verkehrsflächen geplant. Lediglich



die gesetzliche Vorgabe, dass es unter keinen Umständen einen Rückstau auf die Autobahn geben dürfe, mache beim Projekt in Ausnahmefällen eine nachfrageorientierte Planung notwendig.

Sie sei eigentlich grundsätzlich gegen zusätzliche Strassen, hielt **Erika Häusermann (GLP)** fest. Nachdem sie sich aber intensiv mit der Vorlage auseinander gesetzt habe, sehe es im aktuellen Falle anders aus: Der Wegfall der beiden Bahnhöfe Schwarzenbach und Algetshausen führe dazu, dass der öV auf die Strasse verlagert werde – und dieser Strassen-öV sei entsprechend zu unterstützen und zu fördern. Mit dem Kreiselprojekt und den geplanten Busbevorzugungsmassnahmen komme man dem nach: Es verbessere die Fahrplanstabilität und die Verflüssigung des öV.

Mark Zahner (SP) erkundigte sich nach einer Aussage von Stadtrat Marcus Zunzer, der gesagt habe, eine elektronische Busspur löse zwar die Problematik des Rückstaus auf die Autobahn nicht, wohl aber die Problematik des Busses. Ob es denn möglich sei, die elektronische Busspur unabhängig zu realisieren? **Stadtrat Marcus Zunzer** verneinte: Diese Busspur bevorzuge den öV, indem die entsprechenden Bus-Lichtsignale auf grün und die übrigen Signale auf rot gestellt werden. Damit erhalte der öV freie Fahrt, blockiere aber gleichzeitig ein Stück weit den übrigen Verkehr. Dies könne zu Rückstau auf die Autobahn führen – was allerdings nicht zulässig sei. Der Aspekt des Autobahnrückstaus sei übergeordnet. **Guido Wick (GRÜNE prowil)** präzierte das Konzept der elektronischen Busspur wie folgt: Der Bus müsse nicht im Stau warten, sondern könne mit geschalteten Lichtsignalen die stehende Kolonne überholen und so in den freien Kreisel einfahren. Korrekt sei, dass dies die Frage eines möglichen Autobahn-Rückstaus nicht löse – es habe sich aber gezeigt, dass eine Mehrheit des Parlaments am fraglichen Knoten eine Busbevorzugung wünsche, und keine Lösung, die Mehrverkehr produziere.

e) Abstimmungen zu den stadträtlichen Anträgen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

1. Dem Projekt Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse – Flawilerstrasse – Toggenburgerstrasse Wil sei zuzustimmen.

Das Parlament lehnte diesen Antrag mit 17 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

2. Der Kanton St.Gallen sei einzuladen, folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - Optimierung der Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr im Bereich Sonnmattkreisel;
 - Sicherstellung der öV-Fahrplanstabilität während der Bauphasen;
 - Das Betriebs- und Gestaltungskonzept Toggenburgerstrasse sei als flankierende Massnahme umgehend an die Kapazitätsanpassung Georg-Rennerstrasse –Flawilerstrasse -Toggenburgerstrasse umzusetzen.

Mit der Ablehnung des Antrags 1 des Stadtrats wurde diese Abstimmung hinfällig.

3. Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 dem fakultativen Referendum untersteht.

Dies wurde von Parlamentspräsident Erwin Schweizer festgestellt.

f) Abstimmungen zum Antrag der vorberatenden Kommission

1. Es ist eine alternative Verkehrsführung für Radfahrende über die Sonnmattstrasse-Bachstrasse-Churfürstenstrasse vorzusehen und auszuarbeiten.

Mit der Ablehnung des Antrags 1 des Stadtrats wurde diese Abstimmung hinfällig.



2. Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

siehe Bericht und Antrag

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine siebenköpfige Kommission unter dem Vorsitz von Dario Sulzer, SP, hat das Geschäft an einer Sitzung behandelt. Eintreten war dabei unbestritten.

Der vorberatenden Kommission stand der Bericht und Antrag des Stadtrats als Beratungsunterlage zur Verfügung. Zugezogen wurden sodann Stadträtin Barbara Gysi (Vorsteherin des Departements Jugend, Soziales und Alter SJA) sowie Suzanne Naef Thalmann (Departementssekretärin SJA). Schwerpunkte der Diskussion waren insbesondere die Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Sozialhilfeverfahren (Anreize und Sanktionen für die Arbeitsintegration) sowie die Befristung der neuen jährlich wiederkehrenden Ausgaben. Hierbei wurden von den Kommissionsmitgliedern verschiedene Anträge zur Dauer einer allfälligen Befristung gestellt und einander gegenübergestellt. Der in der Gegenüberstellung obsiegende Antrag mit einer Frist von fünf Jahren fand aber in der Schlussabstimmung keine Mehrheit.

Kommissionsanträge: Die Kommission stellt keine eigenen Anträge.

Abstimmungen zu den stadträtlichen Anträgen: Die vorberatende Kommission stimmte wie folgt zu den drei Anträgen des Stadtrates ab:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament von der konzeptionellen Neuausrichtung zur Arbeitsintegration von Sozialhilfeklientinnen und -klienten Kenntnis genommen hat..
7 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung
2. Die neuen, jährlich wiederkehrenden fixen Ausgaben von Fr. 390'000.-- seien gemäss Art. 9 lit. h Gemeindeordnung zu bewilligen.
4 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung
3. Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 2 dem fakultativen Referendum untersteht.
Einstimmig zur Kenntnis genommen.

c) Eintretensdebatte

Eintreten war nicht bestritten und wurde von Parlamentspräsident Erwin Schweizer zum Beschluss erhoben.

d) Detailberatung

Dario Sulzer (SP), Präsident der vorberatenden Kommission, nannte insbesondere drei Gründe, wieso das Parlament über diese Vorlage zu beraten hat – erstens infolge einer entsprechenden Gesetzesänderung, zweitens infolge der hohen Zahl an Sozialhilfe empfangenden Personen in der Stadt Wil sowie



drittens aufgrund des Ablaufs der dreijährigen Pilotphase des stadtinternen Beschäftigungsprogramms. Das Ziel des Projektes «Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen» sei die möglichst rasche Integration der Klientinnen und Klienten in den Arbeitsprozess. Dabei werden in einem einmonatigen Prozess die Potenziale der Klienten abgeklärt und die betroffenen Personen sowohl gefordert als auch gefördert und eng begleitet. Mit dem Projekt «Arbeitsintegration», das im Vergleich zur bisherigen Situation kostenneutral umgesetzt werden kann, sei dies besser möglich, als dies heute der Fall ist.

Stadträtin Barbara Gysi (Vorsteherin des Departements Soziales, Jugend und Alter) unterstrich die Bedeutung des Prinzips von Fordern und Fördern: Mit dem neuen Projekt könne über den Mechanismus Leistung-Gegenleistung Einfluss genommen werden. Der einmonatige Arbeitseinsatz, der zu Abklärungen und zum Gewinn von Informationen diene, helfe mit, dass rascher genauere Kenntnisse zu einem Klienten vorliegen und somit die richtigen Massnahmen getroffen werden, um das eigentliche Ziel – die Eingliederung der Klientinnen und Klienten in den Arbeitsmarkt – erreichen zu können.

Die FDP stehe hinter dem Ziel dieses Projektes, hielt **Mario Breu (FDP)** fest: Die Massnahmen können mithelfen, den Umfang im Bezug der Sozialhilfe und damit die Kosten für die Stadt Wil zu reduzieren. Das Konzept aus Fordern und Fördern sei zu begrüßen, auch die Begleitung durch Coaches oder das Angebot einer «Passage» stelle einen wichtigen, neuen strategischen Ansatz dar. Allerdings seien es genau diese letztgenannten beiden Punkte, die in der an sich budgetneutralen Vorlage zu Mehrausgaben führen könne. Er stelle daher folgenden Antrag: «Die neuen jährlichen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 390'000 seien versuchsweise für vier Jahre zu bewilligen (Fr. 1,56 Mio.)».

Roman Rutz (EVP) unterstrich die Vorteile der Vorlage sowohl für die Gemeinschaft als auch für die Klientinnen und Klienten. Die repressiven Massnahmen – eine Kürzung der Sozialhilfeleistungen bei unkooperativem Verhalten – seien tragbar, zumal es auch positive Massnahmen wie zusätzliche Integrationsbeiträge für kooperatives Verhalten gebe. Die CVP-Fraktion sage klar ja zu dieser Vorlage, lehne aber eine Befristung der Massnahme ab – diese Aufgabe sei nicht nur kurzfristig, sondern langfristig,

Auch die SVP-Fraktion unterstütze dieses Geschäft, so **Mario Schmitt (SVP)**. Allerdings sei das Konzept zwar budget- aber nicht kostenneutral – die SVP unterstütze daher den Antrag der FDP auf eine vierjährige Befristung. Diese Befristung erlaube auch, in vier Jahren zu überprüfen, ob die in Aussicht gestellte Reduktion der gesamten Sozialhilfebezüge wirklich auch eingetreten sei.

Michael Sarbach (GRÜNE, junge Grüne und KulturfreundInnen) führte aus, dass die Fraktion GRÜNE prowil die Vorlage unterstütze. Das Projekt sei sinnvoll und biete neue Möglichkeiten, um mit einem guten Mix aus repressiven sowie fordernden und fördernden Methoden in diesem Bereich aktiv zu sein. Dass die Stadt Wil dabei auf Massnahmen abstütze, welche in Winterthur bereits erfolgreich erprobt worden seien, sei besonders positiv zu erwähnen. Eine Befristung lehne die Fraktion GRÜNE prowil ab – man gehe davon aus, dass die GPK die Entwicklung dieses Geschäftes in den kommenden Jahren verfolge und wenn nötig aktiv werde.

Katja Hegelbach (SP) die SP begrüsse die konzeptionelle Neuausrichtung. Das standardisierte Verfahren könne zu einer Vereinheitlichung und zu einer Verschnellerung der Abläufe führen. Auch die ressourcenorientierte Herangehensweise sei zu begrüßen – hier werde mehr auf Potenzial denn auf Beeinträchtigungen der Fokus gelegt. Allerdings dürfe man sich nicht der Illusion hingeben, man könne alle Klientinnen und Klienten ohne weiteres wieder eingliedern in den Arbeitsprozess: Es gebe auch Personen, denen die Ressourcen fehlen. Eine Befristung lehne die SP-Fraktion ab: Es wäre «jammerschade», ein solches gutes Projekt in ein paar Jahren wieder zu beerdigen, nur weil die Geduld gefehlt hat, eine fundierte Grundlage zu schaffen.



Den wichtigen Wert sinnstiftender Arbeit unterstrich **Roland M. Bosshart (CSP)**: Eine solche Beschäftigung gebe – insbesondere auch jungen Menschen – einen Halt und feste Strukturen. Eine Befristung sei nicht angezeigt, es sei wichtig, hier die langfristige Perspektive wahren zu können.

Norbert Hodel (FDP) zeigte sich erstaunt über die Diskussionen zur Befristung: Es sei schliesslich Aufgabe des Parlaments, gewisse Dinge zu überwachen. «Wenn das Projekt so gut ist, wie die Verantwortlichen sagen, so müssen sie sich ja auch vor der Kontrolle respektive vor einer Befristung nicht fürchten.» Wenn die Überprüfung nach der vierjährigen Frist zeige, dass das Projekt so wirkungsvoll sei wie geplant, dann könne das befristete Provisorium in ein Definitivum umgewandelt werden.

Eine Zwischenbilanz ja, aber eine Befristung nein, brachte es **Stadträtin Barbara Gysi** auf den Punkt: Eine Befristung führe dazu, dass das Projekt infolge der kurzfristigen Perspektive nur mir «angezogener Handbremse» verfolgt werden könne, wenn es beispielsweise darum gehe, neue Aufträge zu suchen. Zudem seien unbefristete Anstellungen weniger einfach zu besetzen als befristete Stellen. Es sei selbstverständlich, dass im Departement eine laufende Überprüfung vorgenommen werde – auch ohne eine Befristung.

Diesen Punkt griff **Roman Rutz (EVP)** auf, indem er namens der CVP folgenden Antrag stellte: «Der Stadtrat legt dem Stadtparlament zu Beginn des dritten Quartals 2015 einen Bericht über Umsetzung und Zielerreichung der Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen vor.» Mit diesem Bericht des Stadtrats solle aufgezeigt werden, ob das anvisierte Ziel – die Senkung oder zumindest die Stabilisierung der Sozialhilfe-Ausgaben – auch wirklich erreicht werden konnte. **Norbert Hodel (FDP)** kritisierte diesen Antrag: Als Resultat dieses «verlockenden Antrags» werde dem Parlament zwar ein Bericht vorgelegt, den man dann aber nur zur Kenntnis nehmen könne – das Projekt könne dann indes nicht mehr gestoppt werden. Die FDP spreche sich für die vierjährige Befristung aus. Sollte der entsprechende Antrag indes abgelehnt werden, stelle die FDP ein Ratsreferendum in Aussicht, sodass schliesslich das Stimmvolk an der Urne über die Vorlage befinden könne. **Mario Schmitt (SVP)** führte aus, dass in der vorberatenden Kommission mehrere Anträge auf Befristung gestellt worden seien. Allerdings habe kein Konsens geherrscht über die Dauer der Frist, sodass am Schluss keine Kommissionsmehrheit für eine Frist gefunden werden konnte. Er stellte in Aussicht, dass die SVP ein Ratsreferendum, wie es die FDP als Möglichkeit angekündigt habe, im Falle des Falles geschlossen unterstützen werde.

Harald Girschweiler (parteilos) hielt fest, dass eine gewisse Kontrolle sicher nicht schlecht sei. Die vierjährige Befristung biete hierzu Hand. Er spreche sich daher für den Antrag der FDP aus.

Gegen den FDP-Antrag zur Befristung sprach sich hingegen **Guido Wick (GRÜNE prowil)** namens seiner Fraktion aus: Eine solche Frist von vier Jahren sei nicht notwendig, weil die laufende Kontrolle eines Projektes eine der Kernaufgaben von Behörden und Verwaltung sei. Er sei überzeugt, dass auch bei diesem Projekt die bestehenden Kontrollmechanismen durchaus funktionieren.

Christoph Hürsch (CVP) hielt fest, dass man keinen ausufernd langen Bericht wolle, sondern ein knappes, aussagekräftiges Management Summary, das die wesentlichen Aspekte auf den Punkt bringe.

Norbert Hodel (FDP) zeigte sich erstaunt über die Gegenwehr bezüglich der vierjährigen Befristung: Die FDP spreche sich nicht gegen das Projekt an sich aus, sondern wolle lediglich die Möglichkeit für eine Überprüfung nach einer klaren Frist festhalten.

Stadträtin Barbara Gysi griff zwei Punkte auf: Das Projekt sei bezogen auf das Budget kostenneutral; zudem sei es wichtig, die ansteigenden Kosten in der wirtschaftlichen Sozialhilfe in den Griff zu bekommen. Und genau in diesem Punkt sei das Projekt wirksam.



e) Abstimmungen zum Antrag der vorberatenden Kommission

Die vorberatende Kommission stellte keine eigenen Anträge.

f) Abstimmungen zu den stadträtlichen Anträgen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament von der konzeptionellen Neuausrichtung zur Arbeitsintegration von Sozialhilfeklientinnen und -klienten Kenntnis genommen hat.

Dies wurde von Parlamentspräsident Erwin Schweizer festgestellt.

2. Gegenüberstellung des Antrags von Mario Breu (FDP) und des CVP-Antrags:

Antrag Mario Breu (FDP): «Die neuen jährlichen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 390'000 seien versuchsweise für vier Jahre zu bewilligen (Fr. 1,56 Mio.)» *14 Parlamentsmitglieder stimmten diesem Antrag zu.*

CVP-Antrag: «Der Stadtrat legt dem Stadtparlament zu Beginn des dritten Quartals 2015 einen Bericht über Umsetzung und Zielerreichung der Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen vor.» *23 Parlamentsmitglieder stimmten diesem Antrag zu.*

Damit obsiegte der CVP-Antrag mit 23 Stimmen gegenüber dem Antrag von Mario Breu (FDP) mit 14 Stimmen.

3. Abstimmung zum CVP-Antrag: «Der Stadtrat legt dem Stadtparlament zu Beginn des dritten Quartals 2015 einen Bericht über Umsetzung und Zielerreichung der Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen vor.»

Dieser Antrag wurde grossmehrheitlich angenommen.

4. Die neuen, jährlich wiederkehrenden fixen Ausgaben von Fr. 390'000.-- seien gemäss Art. 9 lit. h Gemeindeordnung zu bewilligen.

Dieser Antrag wurde grossmehrheitlich angenommen.

5. Es sei festzustellen, dass der Beschluss gemäss Ziffer 2 dem fakultativen Referendum untersteht.

Der Präsident Erwin Schweizer stellte fest, dass das Geschäft dem fakultativen Referendum untersteht. Daraufhin stellte Norbert Hodel (FDP) den Antrag, das Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Die gemäss Gemeindeordnung notwendige Anzahl von mindestens 14 Stimmen wurde mit 14 Stimmen erreicht, womit das Referendum zustande gekommen ist. Damit kann das Stimmvolk an der Urne über die Vorlage «Arbeitsintegration von Sozialhilfe empfangenden Personen» befinden.



Weitere Traktanden

Folgende für die heutige Sitzung ebenfalls traktandierten Geschäfte wurden infolge der fortgeschrittenen Sitzungszeit nicht mehr behandelt, sondern auf eine spätere Sitzung verschoben:

- **Postulat Dario Sulzer (SP):** Neue Bodenpolitik – Erheblicherklärung
- **Postulat FDP-Fraktion:** Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Regionsgemeinden – Berichterstattung
- **Interpellation Norbert Hodel (FDP):** Tempo-30-Zonen in der Quartiermitte

Kommissionsbestellung

An der heutigen Sitzung wurde keine Kommission bekannt gegeben.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurde folgender parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- Interpellation Sebastian Koller (GRÜNE, junge Grün & KulturfreundInnen): «Obere Weierwise – Stadt Wil deckt Verstoss gegen Umwelt- und Gewässerschutzvorschriften.»

Schluss der Sitzung

Präsident Erwin Schweizer schloss die heutige Sitzung um 20.40 Uhr.